

Solidarität

unsere Chance

Nummer 124

Juli – August 2015

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Nach den Wahlen im Burgenland und in der Steiermark: **„Dem Wählerwillen entsprochen“?**

**Nein, ein Rechtsruck im Interesse des Kapitals und der jeweiligen
Politbonzen von SPÖ, ÖVP und FPÖ!**



Bild: SJ/facebook

Die Vorgänge der letzten Wochen nach den Landtagswahlen im Burgenland und in der Steiermark veranlassten die Parteien und die Medien davon zu reden, dass die nunmehr gebildeten neuen Koalitionen dem Wählerwillen entsprechen würden, weil die

Strache-Blauen Zugewinne verzeichnen konnten.

In der Folge wurde im Burgenland Rot-Blau, in der Steiermark Schwarz-Rot installiert. Allein die unterschiedlichen Koalitionen im Burgenland und in

der Steiermark zeigen, dass diese Interpretation nicht stimmt.

Aber es werden noch eine ganze Reihe anderer Nebelgranaten geworfen, um ja nur zu verschleiern, was die arbeitenden Menschen tatsächlich beschäftigt und berührt.

Lauter Minderheitsparteien

Im Burgenland betrug die Wahlbeteiligung 76%. In Bezug auf alle Wahlberechtigten verteilen sich die Stimmen wie folgt: SPÖ 31,5%, Nichtwähler 24%, ÖVP 21,9%, FPÖ 11,8%, Grüne 4,9%, LBL 3,7%, Neos 1,8%.

In der Steiermark betrug die Wahlbeteiligung 67,9% n Bezug auf alle Wahlberechtigten verteilen sich die Stimmen wie folgt: Nichtwähler 32,1%, SPÖ 20,4%, ÖVP 19,4%, FPÖ 18%, Grüne 4,45%, KPÖ 2,9%.

Das heißt, mit Ausnahme der SPÖ im Burgenland, sind alle gewählten Parteien eigentlich Minderheitsparteien, weil jeweils die Nichtwähler alleine mehr als die jeweiligen Parteien an Stimmen zählen.



Weit weg vom Volk

Das heißt, alle Parteien sind weit weg vom Volk. Alle Parteien orientieren sich nicht am Wähler, sondern mehr oder weniger an der Wirtschaft und wetteifern vor den Kapitalisten nur darum, wer dem Volk den Sozialabbau, den Demokratieabbau, die „Notwendigkeit“ der Aufrüstung von Polizei und Militär, die Kriegspropaganda im Namen des Friedens und des Antiterrorkampfes, die Hetze gegen Ausländer und Flüchtlinge als Schutz der Einheimischen „verkaufen“ kann. Damit soll im Dienste der großen Konzerne und Profiteure von der immer unverschämter werdenden Aussackelei und Erschwernis des täglichen Lebens durch Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot bzw. horrenden Mieten, steigende Preise und Tarife usw., abgelenkt, ja der Unmut weg von den Kapitalisten hin zu den Schwächsten der Gesellschaft gelenkt werden. Denen, die unermesslich viel haben, soll nichts genommen werden, wohl aber denen, die kaum noch etwas zum Leben haben.

Statt einer solidarischen wird eine entsolidarisierte Gesellschaft vorangetrieben. Es wird Neid und Hass gestreut und nach unten gelenkt, damit die Oberen weiter abkassieren können und die Masse insgesamt noch ärmer gemacht werden kann. Teile und herrsche ist die Devise der Kapitalisten und der Regierenden.

FPÖ wird von oben her für salonfähig erklärt

Die FPÖ wird schon seit einiger Zeit immer mehr für salonfähig erklärt, damit die Menschen, statt sich gegen ihrer Unterdrücker zu wenden und zu wehren, ein Ventil bekommen, ihren Unmut weiter mit dem Wahlzettel auszudrücken und ansonsten brav weiter zu hacken oder brav weiter sich in ihr arbeitsloses Schicksal dreinzufinden. Wir sollen für die Missstände nicht die Konzerne, Spekulanten, Finanzhaie, Kapitalisten, sondern „die Ausländer“, die „anderen Nichtstuer“ usw. verantwortlich machen.

So soll davon abgelenkt werden, dass es die Kapitalisten sind, die für die zunehmende Verunsicherung und Not verantwortlich sind, weil sie ihren durch Ausbeutung angehäuften Reichtum eben nicht für Bildung, nicht für angemessene Löhne und Gehälter, nicht für ausreichende Pensionen verwenden wollen. Damit leiten die Kapitalisten den durch die Arbeit aller Menschen erwirtschafteten technischen Fortschritt in noch mehr Profit für einige wenige um, statt die Wertschöpfung z.B. für eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und mehr Wohlstand für alle herzugeben.



Die Menschen wollen keine rechte Politik

Die Wahlergebnisse zeigen auch, dass die Mehrheit der Wähler noch immer die SPÖ wählt. Und die Nichtwähler sind in der Masse meist die enttäuschten SO-Wähler,

denn rechts gibt es ja ein breites Spektrum, das zur Wahl steht.

Was die Menschen wollen ist: keine Belastungen auf ihren Rücken und keine Schonung der Reichen, sie wollen keine Abkassierer und Korruptionisten. Aus Ohnmacht und Wut, weil SPÖ und ÖVP nichts gegen steigende Arbeitslosigkeit, Preise und Mieten, nichts gegen sinkende Pensionen und Bildungs- und Berufschancen oder nichts für sinnvolle Erwerbsaussichten für Jugendliche unternehmen, wenden sie sich von Rot-Schwarz ab, gehen entweder nicht zur Wahl (Nicht- und Ungültigwähler) oder wählen aus Protest vor allem die FPÖ.

Die FPÖ verwendet aus Gründen der Wahl- und Machttaktik das „Ausländerthema“. Waren es früher „die Juden“, „die Tschuschen“, „die Jugos“, „der Türk“ usw. sind es jetzt die „Islamis“, bzw. ein Großteil der Flüchtlinge aus Krisen- und Kriegsgebieten, also „die Ausländer“. Die Herrschenden werten die FPÖ samt ihrer Ausländerhatz immer mehr auf. Zum Beispiel vergibt das Kapitalistenblatt „Die Presse“ (15.6.15) schon Noten für die Regierungsfähigkeit der meisten FP-Chefs der Bundesländer.

Selbst die „Kronen-Zeitung“ (7.6.15) muss kleingedruckt eine Umfrage zitieren, in der laut einer „Profil“/Uniqueresearch-Umfrage **61% der Befragten nicht für eine Regierungsbeteiligung der FPÖ auf Bundesebene und 59% sich die FPÖ nicht in einer Landesregierung vorstellen können.**

FPÖ und Kapital machen mit Protestwählern rechte Politik

Die berechtigte Ablehnung der Belastungspolitik von Schwarz-Rot nutzen FPÖ, Industrie und Medien und münzen das um zu einer Zustimmung zu noch mehr Sozial- und Demokratieabbau, zu noch mehr Flexibilität – sprich noch mehr arbeiten zu noch weniger Geld, zu noch mehr Entsolidarisierung der Gesellschaft, sprich zu

einer rechten Politik wie von der Industrie (z.B. Industriellenvereinigung) auch propagiert und von FPÖ/Strache politisch unter anderem über das „Ausländerthema“ propagiert wird. Wenn es nach Strache geht, sollen dann alle Inländer Arbeit zu „Ausländerlöhnen“ haben. NÖ-Finanzlandesrat Sobotka und der neue schwarze steirische LH Schützenhöfer fordern auch schon die Kürzung der Mindestsicherung oder „gemeinnützige Arbeit“ für diese Menschengruppe. Das schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern nur neue Londrückerei. Na Super! Aber nur für die Herren Industriellen.

Dem Kapital ausgeliefert

Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der arbeitenden Menschen. Freiwillig geben die Kapitalisten nichts her. Sie müssen durch Stärke, Solidarität und Kampf dazu gezwungen werden.

Deshalb und dazu haben die arbeitenden Menschen schon im 19. Jahrhundert Gewerkschaften und sozialistische Parteien gegründet.

Doch die heutigen Nachfahren, SPÖ- und ÖGB-Spitzen haben durch ihre erfundene Ideologie der „Sozialpartnerschaft“, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg „ihren“ Frieden mit dem Kapital geschlossen. Die Folge war, dass das nach dem Krieg schwache Kapital immer stärker werden konnte und sich seit nunmehr einigen Jahrzehnten im Namen von „Neoliberalismus“ aufführt wie schon immer: Ausbeutung, Sozialabbau, Kriegführen zur Profit-sicherung.

SPÖ- und ÖGB-Spitzen haben dabei ihre Kraft gegenüber den Kapitalisten selbst stark geschwächt, weil sie davon ausgingen, dass sie das Kapital „einbinden“, „zähmen“ und auf allen Ebenen beteiligen müssten. Und sie glaubten, dass die Kapitalisten das auch anerkennen würden und den SPÖ- und ÖGB-Spitzen ihren Machteinfluss belassen würden. Doch das haben die Kapitalisten und ihre

Parteien, die ÖVP und die FPÖ – heute zusätzlich die Haselsteiner-Neos, die Stronach-Partie und die „Mit-allem-können-Grünen“ (mit SPÖ, mit ÖVP in Wien, OÖ, Tirol, Vorarlberg, mit FPÖ/BZÖ/Stronach in Salzburg und Kärnten) – natürlich nicht gemacht. Im Gegenteil: über die Jahre haben sie der SPÖ ihr stärkstes Kapital, die Mitglieder (in den 1970er Jahren 700.000 – heute gerade noch 200.000), durch die wirtschaftsfreundliche und zuletzt direkt neoliberale Politik der SPÖ, abspenstig gemacht.

Die Kapitalisten und ihre Parteien haben die Jagd auf die SPÖ-Machtträger seit langem eröffnet, weil deren Spitzen – im Verein mit den Gewerkschaften – noch immer ein gewisser Wall gegen den totalen Sozialabbau waren.



Aber jetzt wollen die Kapitalisten und allen voran ihre ÖVP im Wettstreit mit der FPÖ alles privatisieren, was noch nicht privatisiert ist: den Wohnbau in Wien, oder den gesamten gemeinnützigen Wohnbau, oder die Sozialversicherungen und die Pensionen noch mehr kürzen und auf private Versicherungen umdirigieren oder die Aus- und Weiterbildung immer nur für Geldleute ermöglichen. Der Staat soll nicht die Rahmenbedingungen für ein solidarisches Leben der Allgemeinheit garantieren, sondern die Profite einiger weniger.

Medien legen absichtlich eine falsche Fährte

Die Leitmedien des Landes stellen jetzt die Gewinne der FPÖ als überwältigend und unvorher-

sehbar hin und führen dies vor allem auf das Ausländerthema zurück. Damit tun sie einerseits FP-Strache einen Gefallen, der ja damit wahlwirbt, jedoch vor allem aus dem Frust mit den anderen Parteien selbst unerwartet so viele Stimmen bekam (siehe Steiermark, wo es insgesamt gerade einmal 5.000 „Ausländer“ gibt). Andererseits nützen sie vor allem dem Kapital, das eine Ablenkung vom Sozial- und Demokratieabbau auf „die Ausländer“ gut gebrauchen kann, um noch mehr „Sparen“ und „Reformen“ durchdrücken zu können. Besser für das Kapital, der Protest wird als „Ausländerprotest“ hingestellt und aufgefangen, als dass sich der Protest als Protest gegen die kapitalfreundliche Politik und die Profitwirtschaft manifestiert.

Was macht die SPÖ als Antwort darauf ?

Sie wich und weicht immer mehr zurück. Gibt dem Kapital in Salami-taktik was es fordert. Gibt ihren Mitgliedern und Wählern nur mehr hohle Worte. Die Folge ist der besagte Mitglieder- und Wählerschwund. Statt die Wähler durch eine wirkliche Politik für die arbeitenden Menschen, für die echte Verbesserung der Einkommenschwachen Schichten schnell zu handeln, gibt es wieder nur „Reformen“ im Sinne des Kapitals.

Als Antwort auf die Wahl-niederlagen suchen die SP-Mächtigen nicht die „Koalition“ mit den arbeitenden Menschen – und sei es in der Opposition –, sondern die Koalition nun auch mit der FPÖ. Durch den Schritt von SP-Landeshauptmann Hans Niessl im Burgenland wurde ein Signal gestellt, dass es auch einmal auf Bundesebene wirklich einen FP-Kanzler geben kann. Denn warum soll jetzt noch jemand SPÖ wählen, wenn Niessl sagt, mit der FPÖ gäbe es ein gutes Koalitions-übereinkommen?

Es stimmt natürlich, dass die ÖVP jede Gelegenheit nutzt, mit der FPÖ eine Mehrheit gegen die SPÖ zu basteln (siehe die ÖVP-Drohung im Burgenland und in der Steier-

mark, siehe die VP-FP-Koalitionen gegen die stimmenstärkste Partei, die SPÖ, nicht nur im Jahr 2000, sondern gerade dieses Jahr nach den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich und der Steiermark).

Aber hat die SPÖ, indem sie auch nur mehr Machtspiele macht, sich von der Erpressung der ÖVP befreit? Keineswegs, wie die Steiermark zeigt. Da drohte die ÖVP mit der ÖVP-FPÖ-Koalition und holte sich als zweite den Landeshauptmann von der erstplatzierten SPÖ. Wenn die SPÖ Politik nur um des Machterhalts willen betreibt, ist sie jetzt, durch die Öffnung der Schleusen zur FPÖ hin eigentlich noch mehr erpressbar. Vielleicht ist es ein Gewinn für die SP-Oberer auf Zeit, d.h. dass diese länger auf Führungssesseln als 1. oder 2. mit dabei sein dürfen. Für die SPÖ-Mitglieder- und Wähler und für die ganze arbeitende Bevölkerung bedeutet dies aber eine Verschlechterung zumindest ihrer sozialen Lage.

Wie sagte die Vorsitzende der „Sozialistischen Jugend“ der SPÖ, Julia Herr, zu ihren Parteispitzen richtig: **„Macht bringt nichts, wenn sie keine sozialdemokratischen Inhalte umsetzen kann.“**

Für die SPÖ, für jede Partei die sich „sozial“ nennt, müsste gelten: Ob in der Regierung, ob in der Opposition. Die arbeitenden Menschen müssen das Sagen haben, d.h. müssen die Richtschnur für das Handeln der Partei sein. Doch so eine Partei gibt es derzeit in Österreich nicht!

Was machen die Herrschenden? Einen Rechtsruck!

Es ist wahr, dass die FP genauso oder noch mehr korrupt ist als SPÖ-ÖVP oder diverse Kleinstparteien von Stronachteam bis Haselsteiner-Neos, die aus FPÖ/BZÖ/ÖVP hervorgegangen sind, weil die FP genauso nur die Kapitalisten bedient:

▲ siehe Hypo-Mega-Skandal (25 Milliarden Euro Schaden) der ein ganzes Land vor die Pleite brachte und alle Steuerzahler zur Kasse bittet, also die sog. „kleinen

Leute“ zahlen, für die sich die FP angeblich so stark macht und nun als Vorwand für weiteren Sozialabbau in allen Bereichen dient,

▲ siehe schwarz-blaue Regierung der 2000er Jahre mit Pensions- und Sozialleistungskürzungen, Demokratieabbau und Polizeiausbau, Vorratsdatenspeicherung usw. usf.

Die Wirtschaft will noch willigere und billigere Arbeitskräfte, egal ob Österreicher oder noch lieber billigere gut ausgebildete aus dem nahen Ausland (Deutschland, Osten). Gegen die Arbeitshetze, den Arbeitsdruck, das Lohndumping machen Regierung und ÖGB praktisch nichts. Oder doch: sie geben den Unternehmern sogar Stück für Stück nach, siehe z.B. Arbeitszeit-Flexibilisierung.

GEGEN ROT-BLAU

Die FPÖ als „Opposition“ kritisiert manches oberflächlich, aber keine Kritik an Konzernen, Lohndumping, Wohnungsspekulanten, Bankspekulanten oder am Hypo-Desaster. Und als die FPÖ in der Regierung war, hat sie noch schneller als Rot-Schwarz der Wirtschaft zu Diensten „Reformen“ auf Kosten des in der Opposition so hoch gehaltenen „kleinen Mannes“ (denn Frauen gibt's bei der FPÖ kaum) durchgedrückt mit dem Obersaubermann und Parteiwechsler KHG (von der FPÖ zur ÖVP), der bis heute x Gerichte in Fragen der Korruption beschäftigt.

Die arbeitenden Menschen, ob Wähler oder Nichtwähler, sollen sich an dieses Belastungs- und Hetzkarussell gewöhnen. Abwechselnd die, dann wieder die anderen wählen, aber trotzdem wird's für uns immer weniger und enger, während die Großen, die Krisengewinnler, immer mehr, immer fetter und frecher werden.

Für uns gibt's immer weniger zu wählen

Alle Parteien haben letztlich das gleiche Konzept und Rezept: „Sparen“ müssen wir, die kleinen Leute. Wenn nicht die Inländer, dann eben die Ausländer, aber letztlich alle – für die Reichen. Sei es langsamer oder schneller, sei es mit SP, VP, FP oder auch schon mit den Grünen, ganz zu schweigen von der Stronach- und der Haselsteiner-Neos Partie, die sich ganz offen anbiedern.

Wirklich wählen können nur die Kapitalisten

Sie suchen sich aus, welche Parteien am besten ihre Interessen dem Volk verkaufen oder letztlich sogar diktatorisch aufzwingen können. Ob schwarzer, blauer, roter, rosa, gelber, oranger oder grüner Profit. Profit bleibt Profit und schadet uns, der Masse der Bevölkerung!

Als erstmalig aufgrund der SPÖVP Sparprogramme der späten 1980er und der 1990er Jahre die Menschen bei Wahlen verstärkt zu Hause blieben oder die FPÖ wählten, war die Reaktion der Regierungsparteien: Schuld sind die Wähler, nach dem Motto „Wir Parteien brauchen ein anderes Volk“.

Jetzt, da die Wahl der FPÖ aus Protest zu einer Dauererscheinung zu werden droht, schluckt der Strache-Wolf Kreide und sagen Partei- und Wirtschaftsvertreter, vermelden Medien- und Meinungsmacher auf einmal, man müsse dem „Wählerwillen“ entsprechen. Jetzt, da die Eliten beschlossen haben, es auch mit der FP, vielleicht gar auch mit einem FP-Strache-Kanzler zu probieren.

So soll der Rechtsruck ganz normal daherkommen. Lieb und schön und wählergewollt. Doch die Mehrheit der Wähler will nicht! (siehe oben)

Wollen wir das nicht? Gut!

Dann lassen wir uns nicht länger missbrauchen, sei es als Wähler, sei es als Nichtwähler. Was

heißt das? Werden wir aktiv. Es gibt dazu viele Wege, aber nur eine Richtung: denen allen die Gefolgschaft aufzukündigen – ob aktiv oder passiv, ob in- oder außerhalb der Partei – und vor allem selbstständig und gemeinsam gegen Rechts aktiv zu werden.

Aufzustehen, zu demonstrieren, sich nach oben zu verweigern, aber nach unten zu solidarisieren, sich zusammenschließen – ähnlich wie früher schon die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, für politische Selbstbestimmung auf sozialer, demokratischer, sozialistischer Grundlage.

Das geht, braucht aber Zeit, Einsatz und Gemeinsamkeit. Einen anderen Weg – immer wieder und immer noch hoffen auf „neue Vertreter“ oder gar einen „neuen Führer“, die das für einen machen, gibt es nicht! Oder es endet wie schon einmal in der jüngsten Geschichte in Diktatur und Krieg.

Was machen?

Es gibt viele Menschen, Initiativen und Gruppen, die das ähnlich sehen. Viele, die gerade jetzt öffentlich den Rechtsruck der SPÖ („Rot-Blau-Nein“, SPÖ-Rettungskongress / Kompass, Sozialistische Jugend, Junge Generation) ablehnen und sich neu formieren.

Mit vielen von ihnen stehen wir in Kontakt. Wir bieten an: treffen wir uns, organisieren wir uns gemeinsam und treten wir gemeinsam in Aktion.

Trotz aller Kapital-, Medien-, Parteien- und Sozialpartnerschafts-Übermacht konnte in Österreich von der Bevölkerung, von den einfachen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern in einer Art außerparlamentarischer Opposition, Protest und Koalition gegen den Willen der Herrschenden und auch so mancher SPÖ- und ÖGB-Oberen einiges erreicht werden:

- kein AKW in Zwentendorf, keine AKWs in Österreich (1978 – 1986)
- kein Atommüll-Endlager in Österreich (1990 – 1992)

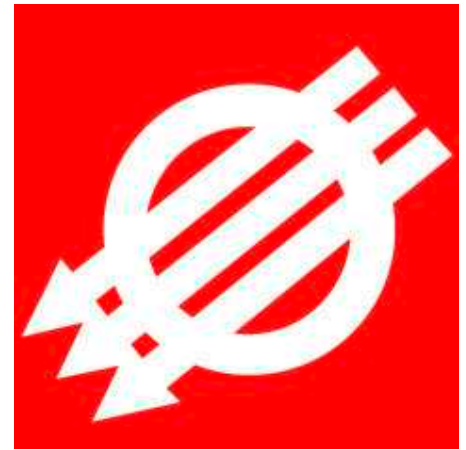
- Anti-Gentechnik-Volksbegehren (1996)
- keine Zerschlagung und Privatisierung der Sozialversicherung – gerade durch breiten, gewerkschaftlichen und v.a. betriebsrätlichen Widerstand von unten (2001 – 2004)
- Sozialstaat-Volksbegehren (2000)
- kein Ausverkauf des österreichischen Wassers (2013 – 2014)
- kein Berufsheer (2013)
- Widerstand gegen TTIP, CETA & Co (2014 – 2015) ...

Es droht die völlige Zerstörung der SPÖ von innen und von außen. Jetzt steht auf dem Prüfstand ob die SPÖ-Führung die letzten politischen und sozialen Kernwerte über Bord wirft. Die Parteispitzen getrauen sich nicht mehr um soziale Werte und Absicherung der arbeitenden Menschen zu kämpfen. Sie glauben und hoffen (bis zur Selbstaufgabe – siehe Voves in der Steiermark) noch immer auf das Einlenken der ÖVP oder und suchen „Kompromisse“ mit den noch schlimmeren Arbeiterfeinden, der FPÖ – nur, um bleiben zu können. ÖVP und FPÖ als direkte Vertreterparteien des Kapitals wollen die SPÖ aber lieber früher als später wegdrängen, einfach weg haben. Das nützt den Rechten und Faschisten insgesamt, den Rechten in Wirtschaft, ÖVP und insbesondere der rechts-rechten FPÖ.

Erneuerung kann und muss von unten und von außen kommen, nicht von oben, einem neuen Parteichef á la Zeiler, Kern usw. Die arbeitenden Menschen müssen repräsentiert werden und das Sagen haben, nicht irgendwelche Technokraten oder Manager, die nur der Wirtschaft zu Diensten sind.

Wir/Sie/Du sind nicht allein, wenn wir nicht allein bleiben

Schreibt uns Eure Meinung, Vorschläge und berichtet über eure Ideen und Aktivitäten. Werden wir gemeinsam aktiv.



Drei Pfeile wie ein Kompass

Der Dreipfeil beinhaltet all das, woran sich SozialdemokratInnen orientieren müssen um gute Politik machen zu können:

Die Pfeile stehen für den Kampf gegen Reaktionismus, Kapitalismus und Faschismus. Und der Ring für die Vereinigung der industriellen, geistigen und landwirtschaftlichen ArbeiterInnen.

Denn nur gemeinsam wird es möglich sein, die Angriffe der Gegner des sozialen Fortschritts, der neoliberalen Wirtschaftsfanatiker die auf Arbeitsrechte pfeifen und der Faschisten die noch immer im Windschatten des Sozialabbaus angebrochen kamen abzuwehren und positive Alternativen aufzuzeigen und umzusetzen.

www.frankenmarkt.spoe.at/news/news-detail-seite/beitrag/drei-pfeile-wie-ein-kompass-rede-zum-1-mai/

aus: Rede zum 1. Mai 2015 von Daniela Holzinger, öö. NR-Abg., bei der Bezirksmaifeier der SPÖ-Vöcklabruck in Pfaffing.

GEGEN ROT-BLAU

„JA zu Österreichs Neutralität! NEIN zu Kriegspropaganda und Kriegsteilnahme“

Aus den Referaten:

Referent D. Stockinger,

Vorsitzender der SPÖ-Schwechat, tritt als Sozialdemokrat klar und eindeutig für Österreichs Neutralität und damit gegen die Parteilinie ein, die zwar von Neutralität spricht, aber in Taten die Kriegseinbeziehung Österreichs (mit ÖVP in der Regierung und FPÖ in der Opposition) betreibt. Er ist gegen ein Berufsheer, das eine noch weitergehende Einbindung Österreichs in EU- bzw. NATO-Militärstrukturen bedeutet und bei dem österreichische Soldaten unter EU- oder NATO-Kommando für wirtschaftliche bzw. Großmachtinteressen im Ausland eingesetzt werden.

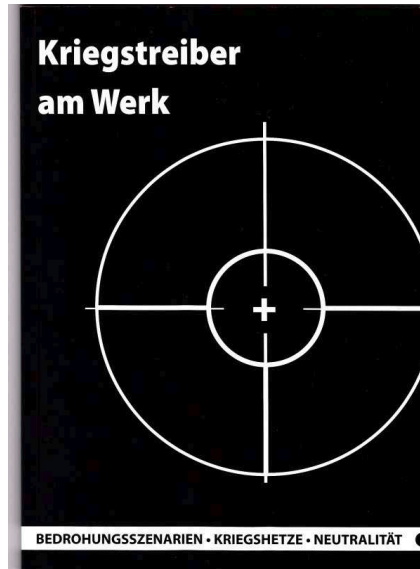
Das widerspricht Österreichs Neutralität. Stockinger fordert: Die Sozialdemokratie muss für eine ernsthafte Neutralitätspolitik eintreten und sich hierbei an der Außenpolitik Kreiskys orientieren.

Diese hat Österreich viel gebracht. Stockinger kritisiert Österreichs Regierende bzw. Parteien, die entgegen der Neutralität schon in der EU-Verfassung 2005 eine ausdrückliche militärische Beistandsverpflichtung und 2009 den Vertrag von Lissabon ratifiziert haben, der u.a. zur dauernden Ausrüstung und zu weltweiten Militärinterventionen verpflichtet.

2013 hat die SPÖ/ÖVP-Regierung die österreichische „Sicherheitsdoktrin“ mit den Stimmen der FPÖ im Parlament ratifiziert, diese verlangt ein Mitmachen des Bundesheeres bei der EU-Militärpolitik in allen ihren Dimensionen, d.h. unter anderem an allen Militärmissionen!

Das ist mit der verfassungsmäßig verankerten Neutralität unvereinbar, es gilt diese zu verteidigen und

eine dementsprechende aktive Friedens- und Neutralitätspolitik durchzusetzen, fordert Stockinger.



Referent Brigadier M. Schaffer, Präsident der Milizverbände, beschreibt das Milizheer, das laut Verfassung den eigentlichen Kern des Bundesheeres, eines Verteidigungsheeres, darstellen soll. Artikel 79 der österreichischen Verfassung schreibt fest, dass das Bundesheer „nach den Grundsätzen der Miliz“ einzurichten ist. Dazu gehören eine kurze Grundausbildung und regelmäßige Truppenübungen.

Dieses Volksheer, dessen Grundgedanke schon in der französischen

Revolution entstand, ist ein Recht der Österreicher! Dieses Milizheer steht derzeit nur mehr auf dem Papier. Die verpflichtenden Milizübungen wurden im Jahr 2005 abgeschafft.

Die jetzige „Milizreform“ des Ministeriums ist laut Schaffer ein weiterer Schritt in Richtung Berufsheer. Es wird alles verkauft, was die Miliz brauchen, z.B. kleine peripher gelegene Kasernen und ein Großteil des notwendigen Geräts.

Trotz des eindeutigen NEIN-Ergebnisses bei der Volksbefragung

im Jänner 2013 verfolge vor allem der Generalstab, in entscheidenden Posten durchgängig durch Berufsarmeebetreiber besetzt, ein Konzept des Umbaus in ein Berufsheer durch die Hintertür, das zu Kriegseinsätzen im Ausland verwendet wird.

Das ist alles mit der Neutralität nicht vereinbar! Das Wehrgesetz legt das österreichische Wehrsystem als ein Milizheer (§ 1, 1 WG) auf Basis der Allgemeinen Wehrpflicht (§ 1, 2 WG) fest. Diesem System entsprechend hat das Bundesheer den militärischen Erfordernissen eines Einsatzes organisatorisch zu entsprechen.

Referent M. Kösten,

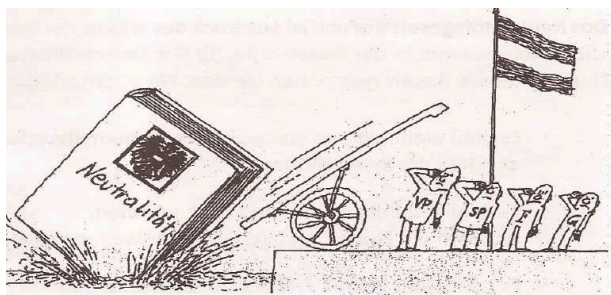
von den GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, referierte über die neue Broschüre „Kriegstreiber am Werk“. Er stellte die international steigende Kriegsgefahr, die Kriegstreiber, ihre Befürworter und Unterstützer dar und arbeitete die Hintergründe dafür heraus: die vor allem wirtschaftliche Konkurrenz um Macht- und Einflussphären, vom Nahen Osten bis zur Ukraine.

Er zeigte auch auf, dass in Österreich alle Etablierten, ob in der Regierung, ob in der Opposition, wenn sie von Neutralität reden, in Wirklichkeit im Namen von „Neutralität“ und „Friedenssicherung“ entweder offen – wie die Regierung – auf noch mehr EU- und NATO-Teilnahme Österreichs hinarbeiten, oder – wie die FP-Opposition – wenn sie von „Neutralität“ und gegen die NATO redet, nur die enge Abstimmung Österreichs mit bzw. die Anbindung Österreichs an Deutschland meint.

Doch der Verfassungsauftrag heißt: Verteidigung der Neutralität und nicht „Solidarität“, d.h. Mitmachen mit oder bei EU oder NATO-„Missionen“ oder Anbindung oder Anbiederung an Deutschland.

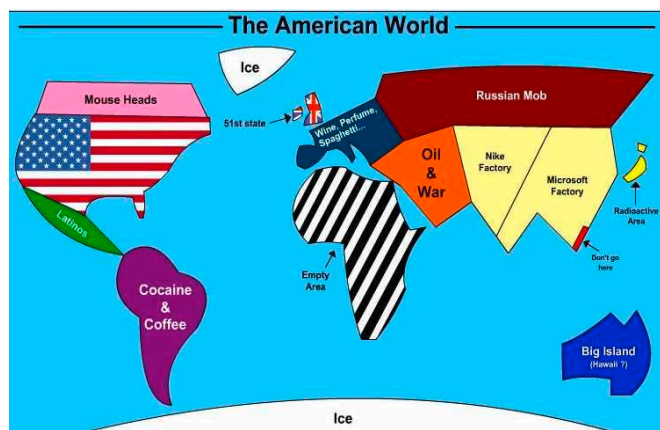
Die Veranstaltung war sehr gut besucht, die Referate fanden starken Anklang, das Publikum war interessiert und engagiert. Es wurde ein Folgetreffen zur aktiven Teilnahme und Weiterarbeit in der Sache vereinbart. Weiters laden wir alle ein, sich mit uns in Verbindung zu setzen, um zum Anlass des 26. Oktobers (60. Jahrestag der Neutralitätserklärung) gemeinsam aktiv zu werden.

Bestell und verbreitet die Broschüre „Kriegstreiber am Werk“, sie ist ein Medium gegen den Krieg!



Anhand einer Fülle von Fakten und Zitaten, die in dieser Dichte kaum sonst wo zusammengestellt sind, zeigt die Broschüre die Interessen und Pläne der Kriegstreiber auf. Sie bietet eine Menge an Material für Argumentation und Diskussion. Die Broschüre ermutigt, zusammenzufinden und gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für die Neutralität Österreichs aufzutreten.

(Einzelpreis: 4,80 € exkl. Porto. Bitte am Zahlschein „Broschüre“ angeben.



Kriegsflüchtlinge und Geldflucht

Die **Hypo Alpe Adria** hat die Österreicherinnen und Österreicher genauso viel gekostet wie alle Asylwerber von 1950 bis 2275 zusammen. Verursacht wurde das Hypo-Desaster durch die Partei, die jetzt am lautesten gegen Zuwanderung hetzt. Mit diesem Geld hätte man Asylaufnahmzentren und die zuständige Bürokratie für die nächsten 260 Jahre finanzieren können (Fabian Grabner, 10.6. 2015 / Facebook)

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

124/15

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
 Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
 Unterstützung der arbeitenden Menschen
 Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
 „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
 reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-
 zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070
 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
 Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
 ist die des obgenannten Vereins.

Arbeitszeit

Verkürzung bei vollen Lohn- bzw. Gehalts- und Personalausgleich – JA

Flexibilisierung und 12-Stunden-Tag – NEIN

Fast 500.000 Menschen sind arbeitslos, immer mehr arbeiten unfreiwillig nur mehr Teilzeit und können von ihrem Einkommen nicht leben. Gleichzeitig haben die, die arbeiten, mit fast 42 Wochenstunden die zweitlängste Wochenarbeitszeit in der EU. Laut AK-OÖ arbeiten schon 34% in der Freizeit, 17% im Urlaub und 14% im Krankenstand. 270 Millionen Überstunden, davon 54 Millionen ohne Bezahlung, werden jährlich geleistet.

Höchste Zeit also, nach 40 Jahren wieder einmal die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Gewerkschaft GPA-djp hat eine diesbezügliche Kampagne mit einer Betriebsrätekonferenz mit 1.000 TeilnehmerInnen gestartet. Die auch geforderte „Freizeitoption“, also Freizeit statt Gehaltserhöhung sowie die Versuche die Tagesarbeitszeit auf 12 Stunden „flexibel“ ausweitbar zu machen, lehnen wir vehement ab.

Unterschriftenaktion NEIN zu 12 Stunden Arbeit am Tag - egal in welcher Form! Download unter: <http://prosv.akis.at>

Wer liegt in der „sozialen Hängematte“? Die Armen oder die Reichen?

Der selbsternannte Ober-Freund der Österreicher, Strache, und seine schwarzen Gesinnungsfreunde wie NÖ-Sobotka oder Neo-Steiermark-Häuptling „Schwarze Haut“ Schützenhöfer, fordern eine Senkung der Mindestsicherung, damit sich Arbeiten lohnt. Hauen auf die Schwächsten, so tun, als würden die Unternehmen genug Arbeitsplätze anbieten, aber kein Wort dieser Herren über die horrenden arbeitslosen Einkommen der Reichen. Kein Wort darüber, dass die Großbauern beim Vererben weiterhin vom alten Einheitswert massiv bevorzugt bleiben, Verständnis für Hoteliers, die sich gegen Registrierkassen wehren, weil sie jetzt endlich Steuer zahlen sollen wie jeder normalsterbliche Arbeiter oder Angestellte.

Konzerne, Banken und Versicherungen genießen den vollen Schutz des Staates. Sie sind, so sagt man uns, „zu groß, um zu scheitern“, könnten also nicht in die Pleite geschickt werden. Ja im Gegenteil: via Staat werden sie, die die Finanz- und die Wirtschaftskrise verursacht haben, aus Steuergeldern gerettet und durchgefüttert. Nicht zu unserem Besten, sondern bloß zum Besten der „Anleger“, dass diese ja keinen Cent ihres bei Banken „Angelegten“ verlieren, das sie zuvor aus den arbeitenden Menschen durch vorenthaltene Löhne und Gehälter zusammengerafft haben. Das ist staatlich garantierte Profitwirtschaft. „Verständlich“, dass dann für die Armen kein Geld mehr da ist – oder?

Also ist die Mindestsicherung zu hoch, weil sich Arbeiten dann nicht lohnt?

"Der Skandal sind nicht die 828 Euro im Monat für Bezieher der Mindestsicherung. Der Skandal ist, dass es Menschen gibt, die für ihre Arbeit nur einen so geringen Lohn bekommen."
(orf.at/stories/2285355/2285356/ - Die Mindestsicherung als „Hängematte“)

Spenden-Einzahlungen

Mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: W. Leisch,
Verwendungszweck: ÖSK, Spende
BIC: OPSKATWW,
IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und
Redaktion: Österr. Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien. ZVR 188951949

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen. Bestellungen der Broschüre und die Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt
Abs. Österr. Solidaritätskomitee. Stiftg. 8, 1070 Wien